

ARGUMENTATIONSHILFE

Mindestlohn

DIE LINKE.

THEMA

MINDESTLOHN

Wir sagen: »Arm trotz Arbeit« darf es nicht geben! Es braucht Arbeit, von der man leben kann, und einen Lohn, der für eine armutsfeste Rente reicht. Der Mindestlohn von aktuell 9,60 Euro ist zu niedrig.

Die Armutsschwelle ist auf 60 Prozent des Medianlohns definiert (Das ist der Lohn, bei dem genau die Hälfte der Beschäftigten mehr und die andere Hälfte weniger verdient). Der gesetzliche Mindestlohn betrug nach Zahlen von 2019 jedoch nur 48,2 Prozent dieses Medianlohns von Vollzeitbeschäftigten und bewahrt folglich nicht vor Armut. Man spricht von „working poor“, Menschen die arm sind trotz (Vollzeit-)Job. In sechs Bundesländern und fast 100 Landkreisen und kreisfreien Städten waren im Jahr 2020 die Kosten für Wohnen und Heizen zu hoch, als dass sie sich von einem Vollzeitjob auf Mindestlohnbasis decken lassen. Die Betroffenen müssen »aufstocken«. Auf dem derzeitigen Niveau schützt der gesetzliche Mindestlohn auch nicht vor Altersarmut. Wenn Beschäftigte eine Rente oberhalb des Niveaus der Grundsicherung erhalten sollen, müssten sie mindestens 12,21 Euro pro Stunde verdienen.

Wir wollen den Mindestlohn umgehend auf 13 Euro anheben. Und es darf keine Ausnahmen vom Mindestlohn geben! Auch Langzeiterwerbslose, jugendliche Beschäftigte und Menschen mit Behinderung müssen anständig bezahlt werden.

Außerdem braucht es mehr und bessere Kontrollen sowie abschreckende Sanktionen, um Verstöße von Unternehmen gegen den Mindestlohn aufzudecken und zu ahnden.

Was sagen die anderen?

Die **SPD** will den »gesetzlichen Mindestlohn zunächst auf mindestens zwölf Euro erhöhen und die Spielräume der Mindestlohnkommission für künftige Erhöhungen ausweiten.«

Die Grünen wollen ihn »sofort auf 12 Euro anheben«. Anschließend soll er »mindestens der Entwicklung der Tariflöhne entsprechen«.

Union und **FDP** sagen nichts zum Mindestlohn, die **AfD** will ihn »beibehalten«.

LINKE Gegenargumente

Der Mindestlohn schützt die Arbeitenden, dafür steht die LINKE und hat sie jahrzehntlang als einzige Bundestagspartei gekämpft. Er darf aber auch kein Niedriglohn sein. Ein zu niedriger Mindestlohn erhöht den Druck auf die Löhne insgesamt und schadet auch denen, die um bessere Tarifverträge kämpfen oder diese verteidigen wollen. Ein flächendeckender Mindestlohn von 13 Euro würde dem einen Riegel schieben.